

- (1) JMJP 6.7.72
- (2) Vgl. die Darstellung in CNA 888, 21.7.72
- (3) SWB 22.7.72
- (4) SWB 21.7.72
- (5) Das Stadt-Parteikomitee von Shenyang, SWB 15.7.72
- (6) SWB 1.7.72
- (7) SWB 1.7.72
- (8) SWB 15.7.72
- (8a) Insgesamt 2 Mrd.; Mao-Auswahlen 290 Mio., Rotes Buch 740 Mio., Mao-Gedichte 96 Mio., JMJP 3.1.69
- (9) Seit dem 1. Juli sind Bd.26,27,29,31 ,34 der Gesammelten Werke von Marx und Engels erhältlich, SWB 4.7.72
- (10) SWB 14.7.72
- (11) SWB 12.7.72; vgl. auch 21.7.72
- (12) Berichte zentraler Studiengruppen s. SWB 11.7.72 und 15.7.72; zur Rotation vgl. SWB 21.7.72
- (13) SWB 12.7.72
- (14) SWB 19.7.72
- (15) Militärdistrikt Provinz Hopei SWB 5.7. und Region Hochih (Ti-ch'ü) in Kuangsi SWB 19.7.72
- (16) PRu Nr.6 S.18-21
- (17) Mao Tse-tung, "Wirtschafts- und Finanzfragen in der Periode des Widerstands gegen die japanische Aggression (Dezember 1942)" AW Bd. III, Peking 1969, S.127-133
- (18) PRu Nr.4 S.6. f. (Manifest)
- (19) PRu Nr.10 S.5-9 (Dühring)
- (20) Mjau Tschu Hwang "Kurze Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas", Peking 1956, S.2
- (21) "Mao's China, Party Reform Documents 1942-1944" Translation and Introduction by Boyd Compton, Seattle and London 1966 (Paperback), S.X-XI
- (22) Mjao a.a.O. S.206

### Japan - Volksrepublik China

C.a. hat in seinem Juli-Heft anlässlich des Schröder-Besuches in Peking eine ausführliche China-Deutschland-Dokumentation vorgelegt.

"Nach dem 28. September" - wie es neuerdings heißt - spricht nun Kakuei Tanaka, der neue Ministerpräsident Japans, in der chinesischen Hauptstadt vor. Ist Deutschlands Verhältnis zur VRCh - vor allem wegen der sowjetisch-chinesischen Implikationen - schon delikat genug, so wird die chinesisch-japanische Annäherung geradezu von einer Milchstraße von Problemen gesäumt.

C.a. möchte einige der wichtigsten Probleme zum chinesisch-japanischen Verhältnis herausgreifen. Bereits im vorliegenden Heft von "China aktuell" sind zwei Themen des Monats solchen Japanproblemen gewidmet, die das Verhältnis zu China betreffen.

Im Beitrag "Japan am Scheidewege" sollen zunächst die Optionsmöglichkeiten des Inselreiches ausgeleuchtet werden, wobei die Frage im Vordergrund steht, ob Japan aufgrund seiner geopolitischen Position für eine Zusammenarbeit mit China determiniert ist.

Der zweite Beitrag "Der Annäherungsprozeß Japan - VRCh" bringt einen Rückblick auf die Entwicklung der Beziehungen beider Staaten seit der Gründung der VRCh im Jahre 1949. In der September-Nummer sollen dann weitere Abhandlungen folgen.

### JAPAN AM SCHEIDEWEGE

Solange das internationale System in schöner Einfachheit noch bipolar gestaltet war, konnte Japan es sich leisten, unter dem militärischen Schirm der Vereinigten Staaten sich ganz seinem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu widmen und außenpolitisch passiv zu bleiben. Spätestens mit dem Besuch Nixons in Peking und mit den neuesten protektionistischen Maßnahmen der USA gegen die japanischen Importe, mit dem Beginn ferner einer weltoffenen chinesischen Außenpolitik und schließlich dem Angebot der Sowjetunion an Tokyo zur gemeinsamen Ausbeutung Sibiriens ist auch im pazifischen Raum der Zug zur Multipolarität spürbar, - man kann sagen, für Japan sogar schmerzhaft spürbar geworden.

Vier Optionen scheinen dem Inselreich praeter propter offenzustehen: die Verbindung mit der Sowjetunion, die Aufrechterhaltung der engen Bindung an die USA, die Annäherung an die VRCh oder schließlich der große Sprung in die außenpolitische Selbständigkeit und Unabhängigkeit, wobei Japan versuchen müßte, sich vor allem im pazifischen Raum eine Infrastruktur von politischen und wirtschaftlichen Verbindungen aufzubauen.

Es gilt, diese vier Möglichkeiten im einzelnen zu untersuchen und dabei vor allem festzustellen, ob Japan nicht aus geopolitischen Erwägungen für ein enges Zusammengehen mit China determiniert ist. Fragt sich doch jeder, der einen

Blick auf die Landkarte wirft, sozusagen spontan, wie sich das weitere Schicksal Japans gestalten soll. Die Länder in Westeuropa haben die Möglichkeit, sich zur EWG oder zu einer Europäischen Freihandelszone zusammenzuschließen; die Staaten Osteuropas lösen das Problem ihrer "internationalen Arbeitsteilung" ebenfalls durch überregionale Wirtschaftszusammenarbeit. Die Vereinigten Staaten sind ein Kontinent für sich, der aufgrund festgegründeter Traditionen nach Lateinamerika und vor allem nach Europa ausstrahlt, u.U. eines Tages sogar Bestandteil einer atlantischen Gemeinschaft wird und zudem in der ganzen Welt über Machtpositionen verfügt, von denen Japan vorerst nicht einmal träumen kann.

Sollte es also nicht doch Japans Schicksal sein, auf lange Sicht zum engsten Verbündeten Chinas zu werden? Im Lichte dieser Frage seien die vier obengenannten Optionen nun im einzelnen erläutert:

#### 1. Option: Japan - Sowjetunion

Für eine engere Anlehnung Japans an die Sowjetunion sprechen vor allem drei Gründe: Im Hinblick auf die wachsende Nuklearkapazität der VRCh wäre es günstig, wenn die Sowjetunion an der nationalen Integrität Japans ein so starkes Interesse fände, daß jede Beeinträchtigung dieser Souveränität Moskau zur Kampfbereitschaft mobilisieren würde. Zugleich würde damit auch das Verhältnis Japans zu den USA geändert, vor allem in Fragen der nationalen Sicherheit, aber auch auf dem Gebiete der Wirtschaft, insofern nämlich Japan in Zukunft nicht mehr in dem gleichen Ausmaß auf Rohstoffeinfuhren (Kohlen!) aus den USA angewiesen wäre wie bisher. Abgesehen von diesen beiden Gesichtspunkten (Weckung des sowjetischen Interesses an der nationalen Integrität Japans und Lockerung der bisher so engen Beziehungen zu den USA) ist es aber vor allem der in den nächsten Jahren laufend steigende Rohstoffbedarf Japans, der das Inselreich zu neuen Überlegungen zwingt. 1967 hatte Japan beispielsweise 55 Mio. t Eisenerz einzuführen, 1975 werden es voraussichtlich 200 Mio. t sein (Öl: 121:261 Mio. cbm; Koks: 24:100 Mio. t usw.) (1). Unter diesen Umständen müssen die gewaltigen Vorräte an Anthrazit, Erdgas, Kohle und Öl in Sibirien ein Faszinum sein. Unter dem Frostboden Sibiriens lagern wahrscheinlich

- das vermutlich größte Kupfervorkommen der Welt in Udonk,
- ein auf 20 Mrd.t geschätztes Kohlelager in der Region von Jakutsk
- und Öl- sowie Erdgasvorkommen von bislang noch unbestimmter Größe im Kontinental-schelf des Ochotskischen Meeres, ferner auf

auf der Halbinsel Kamtschatka, auf der Insel Sachalin und um Jakutsk (2);  
- ferner bisher noch unbestimmte aber riesige Ölvorkommen in der Nähe von Tjumen in Westsibirien (3).

Die Sowjetunion benötigt zur Erschließung dieser Vorkommen ausländisches Kapital und know-how, während andererseits der Hunger der japanischen Industrie nach Rohstoffen immer größer wird. Hinzu kommt, daß sich einige amerikanische Firmen, so die Gulf Oil, die Bechtel Corporation und die El Paso Natural Gas für die sibirischen Vorkommen interessieren. (4) Unmittelbar zur Diskussion steht z.Z. der Bau einer 4 300 km langen Pipeline von den Tjumen-Erdölfeldern nach Nachodka (rd. 200 km westlich von Wladiwostok am Japanischen Meer). Das dafür benötigte Röhrensystem soll unter die Erde verlegt und darüber hinweg eine Schnellstraße geführt werden.

An dieser Stelle beginnen aber bereits die Schwierigkeiten. Sowohl die Pipeline als auch der Schnellweg könnten nämlich nicht nur der japanischen Industrie, sondern auch den militärischen Plänen der Sowjetunion in Fernost dienen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß Nachodka von der chinesischen Grenze nur rd. 150 km getrennt ist. In der Luftlinie ist das Industriezentrum Harbin außerdem nur rd. 600 km entfernt. Selbst wenn Japan, das seinen Bedarf bisher fast ausschließlich mit Öleinfuhren aus Mittelost deckt, durch eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion seine Rohstoffversorgung erheblich diversifizieren könnte, wird es doch dafür keinen ernsthaften Zusammenstoß mit der VRCh in Kauf nehmen, zumal ja der Stellenwert Pekings im außenpolitischen Konzept der neuen Regierung Tanaka zentral ist.

Es sind freilich nicht nur die befürchteten Reaktionen aus Peking, die Japan zu äußerster Zurückhaltung gegenüber einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nötigen. Eine ganze Reihe weiterer Gründe schlägt überdies noch negativ zu Buch: einmal die den Japanern so sehr am Herzen liegende Rückkehr der Südkurilen. Als die Russen 1954 die Kurilen und Südsachalin besetzten, wurden rd. 400 000 Japaner vertrieben, davon 18 000 von den Südkurilen. Seither wurden die Inseln neu besiedelt und Industrien errichtet, u.a. Fischkonservenfabriken. Es handelt sich bei den Südkurilen um insgesamt vier Inseln und Inselgruppen, nämlich um die an die Nordostecke Hokkaidos sich anschließenden Inseln Kunashiri und Etorofu sowie die Gruppen der Habomais und Shikotan. Wegen dieser Gebiete kam es in den letzten Jahren zu ständigen Reibereien zwischen Japan und der Sowjetunion; denn die japanischen Fischer sind, selbst wenn sie sich in Küstennähe aufhalten,

ständig in Gefahr, in die sowjetischen Territorialgewässer und damit in sowjetische Gefangenschaft zu geraten. Nachdem sich inzwischen die Amerikaner großzügig gezeigt und Okinawa an Japan zurückerstattet haben, erwartet Tokyo eine entsprechende Geste nun auch von den Russen. Diese wiederum beharren nach wie vor auf ihrem "Njet"; denn die Rückgabe der Südkurilen könnte einen Präzedenzfall für entsprechende Grenzwünsche der Osteuropäer und nun gar der Chinesen schaffen. Außerdem sind die Südkurilen strategisch von Bedeutung. Von ihnen aus läßt sich die Durchfahrtstraße für sowjetische Unterseeboote in den Pazifik absichern. Schließlich befinden sich hier reiche Fischgründe. Trotz solcher Überlegungen täten die Sowjets gut daran, über ihren eigenen Schatten zu springen, wenn die geringe Sympathie, die sie ohnehin schon bei der japanischen Bevölkerung genießen, nicht noch tiefer sinken sollte. Immer noch sind ja gewisse Vorkommnisse aus jüngster Zeit den Japanern noch deutlich in Erinnerung. So wurden beispielsweise die japanischen Kriegsgefangenen aus dem Zweiten Weltkrieg bis 1956 zurückgehalten; Moskau erhob außerdem Einspruch gegen die Mitgliedschaft Japans bei der UNO. Es weigerte sich, den Friedensvertrag von San Francisco zu unterzeichnen - und zwar weil in diesem Abkommen die sowjetischen Ansprüche auf die Südkurilen nicht klar genug zum Ausdruck kamen; schmerzhaft war außerdem die sogenannte "Bulganin-Linie", die 1956 proklamiert wurde und die es den japanischen Fischern verbot, sich den Südkurilen bis auf 12 km zu nähern, ferner der Ausschluß der japanischen Fischer aus der "Bucht Peters des Großen" und aus dem Ochotskischen Meer seit 1957 bzw. 1959; Ärgeris erregte ferner der nukleare Niederschlag auf Japan in den Jahren 1959 und 1960, der durch sowjetische Atombombenversuche verursacht worden war. Außerdem können die Japaner nur schwer darüber hinwegsehen, daß die Sowjets zwischen 1945 und Oktober 1969 nicht weniger als 1 312 japanische Fischerboote aufgebracht und 11 974 Fischer gefangen genommen haben, von denen 32 den Tod fanden (5). Gerade diese Vorfälle bewirken, daß die Sowjetunion keineswegs, wie manchmal behauptet wird (6), an der Peripherie des japanischen Horizonts, sondern vielmehr mit in dessen Zentrum liegt, allerdings in einem durchaus negativen Sinne.

Unerfüllte irredentistische Ansprüche und ungeliebte Reminiszenzen werden also dafür sorgen, daß der japanische Drang nach Sibirien nicht unaufhaltbar wird. Vor allem aber ist es, wie gesagt, die Furcht, China durch eine allzu vorilige Liaison mit Moskau auf nicht absehbare Zeit zu verärgern. Nur wenige Japaner wären

bereit, an einer russischen Politik mitzuwirken, die China isolieren und eindämmen soll. Auch die von Moskau 1969 proklamierte und seither immer wieder hervorgehobene Idee eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien, dem auch Japan angehören soll, muß für Tokyo unannehmbar erscheinen. Hat doch die chinesische Presse gerade wieder anlässlich des Besuchs von Außenminister Gromyko in Tokyo (23. - 28.1.72) Protest erhoben und ernsthafte Bedenken angemeldet (7).

## 2. Option: Japan - USA

Das japanisch-amerikanische Verhältnis hat sich im Verlauf von mehr als zwei Jahrzehnten so günstig entwickelt, daß sein Fortbestand vielen Beobachtern als selbstverständlich erscheint. Die "special relationship" hat sich u. a. dahin ausgewirkt, daß die USA ein Drittel der japanischen Exporte aufkaufen und Japan ganz unter ihren Sicherheits- und Nuklearschirm stellten, mit der Folge, daß das Inselreich bis vor kurzem nur 09% seines Bruttosozialprodukts für die Verteidigung aufzuwenden brauchte, wodurch die Akkumulationsrate für den wirtschaftlichen Aufbau außerordentlich erhöht wurde.

Doch sind diese Vorteile wiederum aufs stärkste mit Nachteilen verbunden: Gerade der gewaltige Wirtschaftserfolg der Japaner hat bei der amerikanischen Industrie Gefühle der Eifersucht erweckt und weite Kreise in Politik und Wirtschaft zu Anwälten des Protektionismus werden lassen. Auch die amerikanische Fürsorge für die Sicherheit Japans hat ihre Kehrseite gezeigt: der im Januar 1960 geschlossene und 1970 verlängerte amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag hat z.B. mehrere Auswirkungen, die in Kreisen der japanischen Politik und der Öffentlichkeit Proteste hervorgerufen haben. Drei dieser Folgeerscheinungen seien hier kurz erwähnt:

- Ursprünglich hatte der Sicherheitsvertrag den Zweck, Japan davon abzuhalten, dem Kommunismus in die Arme zu fallen und mit der Wiederaufrüstung zu beginnen. Dieser Zweck hat sich nunmehr gewandelt. Wie Edwin Reischauer, der frühere US-Botschafter in Japan, ausführte, dient das Vertragswerk nunmehr dazu, nicht nur den japanischen Militarismus im Zaume zu halten, sondern dem japanischen Nationalismus überhaupt gewisse Grenzen zu setzen - eine Auswirkung, die für alle Nachbarn Japans, besonders für China, beruhigend wäre. (8) Für viele Kreise Japans ist eine solche Vormundschaft der USA unerträglich.

- Auch haben die mit diesem Vertrag verknüpften Sicherheitsüberlegungen dazu geführt, daß Okinawa, obwohl es inzwischen an Japan zurückgegeben wurde, doch noch zum großen

Teil militärisch in amerikanischer Hand liegt. So bleiben beispielsweise 12,5% des gesamten Landareals amerikanischen Basen vorbehalten. Die Amerikaner haben auf Okinawa dieselben Freiheiten wie vor der Rückgabe, nur daß keine ABC-Waffen mehr dort gelagert werden dürfen. Peking hat denn auch den "Schwindel der Rückgabe Okinawas" als ein "schmutziges Geschäft" hingestellt und hervorgehoben, daß trotz offizieller Dementis Okinawa "nach wie vor der größte USA-Nuklearstützpunkt im Fernen Osten" sei (9). Mit dem Abkommen über die sogenannte "Rückgabe Okinawas" sei nichts anderes als die ständige Besetzung Okinawas von seiten der US-Imperialisten legalisiert worden, um auf diese Weise die "Okina-waisierung" ganz Japans zu beschleunigen und das militärische Zusammenspiel zwischen den "reaktionären Kreisen" Japans und den USA zu verstärken (10). Solche Argumentationen sind in der japanischen Öffentlichkeit nicht ohne Wirkung geblieben, wie die zahlreichen Demonstrationen bewiesen haben.

Im Zusammenhang mit dem Sicherheitsvertrag stand schließlich auch das Nixon-Sato-Kommuniqué vom November 1969, in dem Südkorea und Taiwan als essentiell für die Sicherheit Japans und der USA bezeichnet worden waren. Diese Klausel wirkte in Peking so sensationell, daß Chou En-lai wenige Tage später bereits nach P'yongyang reiste und damit die seit der Kulturrevolution stark belasteten chinesisch-nordkoreanischen Beziehungen gleichsam über Nacht in eine Achse der Freundschaft umwandelte. Seit dem Besuch Nixons in Peking und seit der langsam zur Gewißheit werdenden Überzeugung der VRCh, daß keine unmittelbare militärische Aktion von seiten der USA gegen die VRCh bevorsteht, nimmt Peking gegenüber dem amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag allerdings eine etwas gelockertere Haltung ein. Die Interpretation, die Reischauer dem Vertragswerk gegeben hat, dürfte nach und nach auch für die Chinesen immer überzeugender werden. Ob der Zweck des Vertrages, Japan militärisch zu domestizieren, allerdings den nationalen Kräften Japans besonders sympathisch ist, steht auf einem anderen Blatt.

Zu diesen Überlegungen tritt langfristig ein stärkeres, durchaus natürliches Distanzbedürfnis Japans, kurzfristig aber die Serie der "Nixon-Schocks" (nämlich: die Chinareise des amerikanischen Präsidenten, die erst im letzten Augenblick angekündigt wurde, obwohl im Nixon-Sato-Kommuniqué 1969 volle Konsultationen in der China-Frage vereinbart worden waren; die Einfuhrsperren gegenüber japanischen Waren, die ebenfalls völlig überraschend kamen, und schließlich die Einbeziehung Japans in das so

viel Gesicht kostende Spiel zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft Taiwans in der UNO).

Immer noch werden also die USA breitesten Raum in den Überlegungen der Japaner einnehmen, doch wird andererseits die Tendenz, sich aus dieser von Bevormundung nicht ganz freien Partnerschaft mit Washington langsam zu lösen, in den nächsten Jahren wachsen.

### 3. Option: Japan - VRCh

Die Gründe, die für einen engeren Zusammenschluß Japans mit der VRCh sprechen, sind so zahlreich und so selbstverständlich, daß hier eine bloß stichwortartige Erwähnung genügen muß: Es sei erwähnt die geographische Nachbarschaft, die psychologische Nähe (gemeinsame kulturelle Vergangenheit), ferner die in Sympathie verwandelten Schuldgefühle der Japaner gegenüber China, nicht zuletzt aber auch der Handel, bei dem Japan in China wieder ganz oben steht. (11) Nicht so offenkundig sind demgegenüber die Hindernisse, die einer chinesisch-japanischen Annäherung im Wege stehen könnten.

Gemeint sind hierbei nicht die Probleme der Verhandlungstaktik, die in den nächsten Wochen auftauchen werden (die Frage lautet hier: Normalisierung wie 1956 mit der Sowjetunion in Form einer "Gemeinsamen Erklärung", die den Kriegszustand formell beenden und zugleich eine Kündigung der offiziellen politischen Verbindung mit der Republik China bedeuten würde; sodann Botschafteraustausch und schließlich formeller Friedensvertrag - oder aber umgekehrt formeller Friedensvertrag als erster Schritt? )

Gemeint sind hierbei vielmehr folgende fünf Streitfragen:

a) Die Taiwan-Frage. Es ist nicht zu leugnen, daß Tokyo hier schon beträchtliche Konzessionen gemacht hat. Es ist z.B. nunmehr prinzipiell bereit, im Chinahandel niedrig verzinsliche, langfristige Kredite der Staatlichen Im- und Exportbank zu gewähren. Noch 1964 hatten Proteste Taiwans gegen die Gewährung solcher "weichen" Kredite zu dem berühmten Yoshida-Brief geführt, in dem der einstige japanische Premier der Regierung Chiang Kai-shek versicherte, daß Tokyo den Festlandchinesen in Zukunft keine solchen Vergünstigungen mehr gewähren würde. Schon Sato hatte gegen Ende seiner Regierungszeit den Brief nur mehr als "offiziell nicht mehr verbindliches Privatdokument" betrachtet. Eine andere Frage aber geht dahin, was aus dem Friedensvertrag mit Chiang Kai-shek von 1952 werden soll. Frühere Ministerpräsidenten, unter ihnen Kishi, hatten z.B. angesichts der Generosität Chiangs, der von Japan keinerlei Reparationen verlangte,

der Republik China gegenüber die Loyalität gewahrt. Tanaka dagegen, der im außenpolitischen Bereich - und nun schon gar in der China-Frage - bisher kaum hervorgetreten ist, muß für die Chinesen wie ein unbeschriebenes Blatt sein, auf dem sich die schönsten Schriftzeichen malen lassen. Er mag zwar für die "Hong-Kongisierung" Taiwans (keine Beziehungen, wohl aber intensiver Absatz- und Investitionsmarkt, intensiver Kulturaustausch, Touristik) eintreten, doch wird Peking, das ja auch von der neuen japanischen Regierung als einzig legitimes Regime Chinas anerkannt wird, auf einer Taiwan-Klausel bestehen, die auf alle Fälle deutlicher ist als das

Shanghai-Kommuniqué ("Die Regierung der VRCh ist die einzig rechtmäßige Regierung Chinas; Taiwan ist eine Provinz Chinas, die schon seit langem zum Mutterland zurückgekehrt ist; die Befreiung Taiwans ist eine innere Angelegenheit Chinas, in die sich einzumischen, kein anderes Land ein Recht hat ..."), die

Kanada-Formel (Kanada nimmt die Ansprüche Pekings auf Taiwan zur Kenntnis) oder die

Mexiko-Formel, in der Taiwan überhaupt nicht erwähnt ist.

Wird Japan, das ja selbst fünf Jahrzehnte lang über Taiwan als Kolonie geherrscht hatte, den Anspruch Pekings auf Taiwan ausdrücklich anerkennen, oder aber wird es sich darauf berufen, daß alle Fragen bereits im Friedensvertrag von San Francisco geregelt seien und daß die VRCh sich als Vertragspartner i.S. des damaligen Vertragswerkes betrachten möge? Wird Japan ferner der förmlichen Aufhebung des Friedensvertrages mit Chiang Kai-shek zustimmen, oder aber wird es darauf bestehen, daß dieses Abkommen durch einen neuen, diesmal mit Peking geschlossenen Friedensvertrag automatisch aufgehoben werden soll? All dies sind Probleme, die zwar als nebensächlich erscheinen mögen, die aber letzten Endes doch den Willen Japans manifestieren werden, ob es sich für eine weitere Selbständigkeit Taiwans einsetzen oder ob es für die Rückkehr der Insel zum Festland plädieren will.

b) Schwierigkeiten wird ferner die Fernostklausel in Art. VI des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrages vom 19.1.1960 bereiten. Darin ist nämlich bestimmt, daß die USA zum Schutze der Sicherheit Japans und zur Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten Stützpunkte in Japan unterhalten dürfen. Im Nixon-Sato-Kommuniqué von 1969 wurde ferner, wie bereits erwähnt, die Sicherheit Taiwans und Koreas als für die Sicherheit Japans essentiell bezeichnet.

Es wurde bereits oben ausgeführt, daß China seit seinem Einstellungswandel gegenüber Washington den Sicherheitsvertrag als ein Mittel zur militärischen Domestizierung Japans durch die USA betrachtet und ihn insofern auf lange Sicht billigen wird. Gleichzeitig wird Peking jedoch darauf dringen, daß die Fernostklausel nicht auf Taiwan Anwendung finden und damit das Nixon-Sato-Kommuniqué von 1969 entwertet werden soll.

c) Gewisse Probleme werden sich u.U. auch im Zusammenhang mit Reparationsfragen ergeben. Chiang Kai-shek hatte seinerseits auf entsprechende Leistungen Japans ausdrücklich verzichtet. Peking hat die Reparationsfrage bisher noch nicht angesprochen; doch ist es nicht undenkbar, daß dieses Problem aufs Tapet kommt, sobald die Verhandlungen zwischen Peking und Tokyo sich einmal eingelaufen haben.

d) Ein gefährliches Konfliktpotential sammelt sich gegenwärtig um die Frage an, wem die im Ostchinesischen Meer liegende Sengaku-Gruppe gehört. Taipei, Peking und Tokyo machen sich diese Inseln, um die herum reiche Ölvorkommen vermutet werden, mit immer lautstärkeren Argumenten streitig (12).

e) Störend für eine Ameliorisierung des beiderseitigen Verhältnisses könnte sich schließlich die scharfe Propaganda Pekings gegen den Neo-Militarismus und den Neo-Kolonialismus Japans auswirken. Seit dem Regierungsantritt Tanakas ist diese Propaganda, die sich ja hauptsächlich auf die "Sato-Clique" konzentriert hatte, nahezu verstummt. Außerdem hat die meisterhafte Einladungsstrategie der Chinesen dazu geführt, daß die Presse Japans in ihren Sympathiekundgebungen gegenüber dem kontinentalen Nachbarn fast keine Grenzen mehr kennt. Keine Regierung in Tokyo könnte es sich deshalb leisten, offizielle Gespräche noch lange hinauszuzögern, selbst wenn sie unter dem Trommelfeuer feindseliger Propaganda verhandeln müßte.

Langfristig ist die chinesische Politik gegenüber Japan darauf abgestimmt, aus dem hohen industriellen und technologischen Entwicklungsstand Japans Nutzen zu ziehen und gleichzeitig eine gewisse militärische und politische Kontrolle über den Nachbarstaat auszuüben (13). Ob Japan, das in China ja auch den ernsthaften Rivalen um die Vorherrschaft in Südost- und Ostasien erblicken muß, solchen Bestrebungen entgegenkommen wird, ist eine Frage, die auf einem anderen Blatt steht. Langfristig gesehen ist dies jedenfalls unwahrscheinlich; denn die normative Kraft des Faktischen zwingt Japan immer mehr zu der Überlegung, ob es nicht doch langsam danach streben sollte, auf eigenen Beinen zu stehen und sich dadurch einen größeren Spielraum gegenüber den drei anderen Groß-

mächten zu verschaffen. Damit wäre die Option Nr.4 angesprochen.

#### 4. Option: Japan auf eigenen Beinen

Faßt man die Idealvorstellungen der drei Großmächte gegenüber dem Inselreich zusammen, so wäre für die USA ein Japan ideal, das stark genug ist, seine regionalen Verteidigungsaufgaben selbst zu übernehmen, das aber trotzdem immer noch in gewissem Maße (Nuklearschirm!) unter amerikanischer Kontrolle steht; China andererseits wünscht sich ein Japan, das seine wirtschaftlichen und technischen Fähigkeiten zur Verfügung stellt und sich ebenfalls kontrollieren läßt. Die Sowjetunion schließlich sucht nach einem Japan, das mithilft, die sibirischen Bodenschätze auszubeuten und damit Sibirien zu entwickeln, das sich ferner für eine antichinesische Politik gewinnen und über das sich ein gewisses Maß an Kontrolle ausüben läßt. Das Kontrollziel ist also allen drei Großmächten gemeinsam; es fragt sich nur, ob diese Vorstellungen mit dem Selbstverständnis der Japaner, vor allem dem Selbstentwurf der Showa-Geborenen (vom Jahrgang 1926 an) vereinbar sind. Schon heute sind mehr als 75% aller Japaner "Showa-Geborene". Sie stellen über 60% der Wahlberechtigten und sind vom Nachkriegstrauma, das die jetzige Führungsschicht noch immer belastet, frei. Wenngleich dieser Generation noch der Sendungsglaube zur aktiven Erneuerung der asiatischen Region fehlt, ist ihre Einstellung zu der Frage, ob Japan in Asien lediglich als Handels- oder aber auch als Ordnungsmacht auftreten soll, wesentlich ungebrochener als die der älteren Generation (14). Neben den vorrangigen nationalen Zielsetzungen der eigenen Sicherheit, der Wiedererlangung verlorener Gebiete (Südkurilen), der Sicherung von Rohstoff- und Absatzmärkten - und damit verbunden der Aussöhnung mit den Feindstaaten des Zweiten Weltkrieges, vor allem mit den asiatischen Nachbarn, die unter der japanischen Besatzung zu leiden hatten (15) - wird in Zukunft das Verlangen, bei einer Neuordnung Asiens aktiv mitzugestalten, immer vordringlicher werden. Japan wird dabei nicht nur als Vorkämpfer der Weltfriedensbewegung und als entschiedenster Gegner der Politik des Drohens mit dem Atomknüppel auftreten, sondern durch Aufstellung eines Friedenskorps, eines technischen Hilfsprogramms und höherer Entwicklungshilfe einen Beitrag zur Entwicklung Asiens, vor allem Südasiens, leisten müssen. Diese Zielsetzungen werden verbunden sein mit einer Aufwertung des militärischen Bereiches. Japans sogenannte Friedensverfassung verbietet in ihrem berühmten Artikel 9 zwar die Unterhaltung von Kriegspotential jeglicher Art und enthält einen unmißverständlichen Verzicht auf das Recht zur Krieg-

führung. Trotzdem verfügt das Land schon seit Jahren über eine Armee von rd. 250 000 Soldaten, 950 Kampfflugzeuge und 200 Kriegsschiffe. War der Ausdruck "Selbstverteidigungstreitkräfte" für diese Streitkräfte bereits vor Jahren ein schlichtes Understatement, so ist dies nun noch mehr der Fall, seit Japan den militärischen vierten Fünfjahresplan für die Jahre 1972-1976 bekanntgegeben hat. In diesem Zeitraum sollen die Boden-Streitkräfte gegenüber dem Stand der bisherigen drei Fünfjahrespläne um 190% anwachsen. Die Luftwaffe wächst sogar um 280%, und die Verteidigungsausgaben steigen während des Fünfjahreszeitraums auf 16,7 Mrd. US \$ (16). Kein Wunder, daß Peking immer stärker gegen den "wiederbelebten japanischen Militarismus" polemisiert (17) und daß bei vielen Staaten Südasiens die Furcht aufkommt, Japan könne seine durch den verlorenen Zweiten Weltkrieg gescheiterten Pläne zur Schaffung einer "Großasiatischen Wohlstandssphäre" wiederaufnehmen. Gefördert werden solche Befürchtungen noch durch Pläne der "Jungtürken" in der konservativen LDP unter Führung von Yasuhiro Nakasone (Jahrgang 1919), die offen fordern, daß die japanisch-amerikanische Allianz Mitte der 70er Jahre endgültig überprüft und die autonome Verteidigung Japans hergestellt werden muß. Japan wäre gut beraten, wenn sich sein neugewonnenes Nationalbewußtsein nicht sofort lautstark in militärischen Ambitionen niederschlagen würde. Ohne Zweifel kann es sich das Land nicht mehr leisten, noch länger in seiner außenpolitischen Passivität zu verharren. Auch kann es sich nicht mehr so einseitig wie bisher an eine der Großmächte anlehnen, sondern muß versuchen, auf eigenen Beinen zu stehen. Die Art und Weise, in der dieses delikate Ziel angestrebt wird, wird letzten Endes auch dafür entscheidend sein, ob das gegen die "Ugly Japanese" ("Yellow Yankees") gehegte Mißtrauen zu heller Flamme aufschlägt, oder aber ob es nach und nach erlischt. Durchaus konsequent im Rahmen des japanischen Autonomiestrebens war es auch, wenn der frühere Außenminister Kishi Aichi bei der Generalversammlung der UNO im November 1969 Japans Anwartschaft auf einen permanenten Sitz im Ständigen Ausschuß des Sicherheitsrates anmeldete. Letzten Endes könnte sich dann das bisherige globale Dreieck in ein Machtviereck Moskau - Peking - Tokyo - Washington verwandeln, zumindest im pazifischen Bereich.

Im Rahmen einer so gewonnenen neuen Selbstständigkeit könnte Japan je nach den gegebenen Umständen neue Bündnisse eingehen. Hermann Kahn (18) spricht in diesem Zusammenhang von

einem sowjetisch-amerikanisch-japanischen Dreierblock, der sich auf lange Sicht gegen die Achse Europa - China richten könnte. Hier schießt der Verfasser des Buches "Bald werden sie die Ersten sein: Japan im Jahre 2000" jedoch weit über das Ziel hinaus. Abgesehen davon, daß die meisten seiner Aussagen über China schon deshalb unrichtig sind, weil sie auf falschen Prämissen beruhen (19), wird hier der grundlegende Gesichtspunkt außerachtgelassen, daß China niemals ein bewußt gegen Peking gerichtetes Japan dulden würde - schon gar nicht, wenn es in engster Verbindung mit den beiden "Supermächten" steht. Innerhalb welchen Rahmens also könnte Japan sich ein eigenes Wirkungsfeld aufbauen?

Alard von Schack (20) entwickelte vor kurzem ein Pentarchie-Modell, das sich aus folgenden Nord-Süd-Konstellationen zusammensetzt:

- USA - Lateinamerika (Ansätze sind hier bereits in Form der OAS und der "Allianz für den Fortschritt" vorhanden);
- Europa - Afrika (hierzu vgl. die Assoziationsverträge zwischen der EWG und 18 afrikanischen Staaten im Abkommen von Jaunde vom Juli 1963)
- Sowjetunion - Nahost - Indischer Ozean - Indischer Subkontinent (Drang Moskaus nach dem persischen Öl; Flottenpolitik im Indischen Ozean; jahrelanges strikt pro-arabisches Verhalten im Nahostkonflikt; sowjetisch-indischer Freundschaftsvertrag vom August 1971 usw.)
- China - Südostasiatisches Festland
- Japan - Pazifisches Südostasien (Ansatzpunkt wäre hierfür der Asian and Pacific Council, kurz ASPAC genannt, sowie der intensive Handel zwischen Japan und diesen Ländern, der ein Drittel des gesamten japanischen Außenhandels ausmacht).

Ein Modell, wie es hier entwickelt ist, wäre eine Rückkehr zum Konzept regionaler Einflußsphären. Ein solcher Entwurf ist mit Chinas weltrevolutionärer Strategie, die die Welt nicht nach regionalen Einflußsphären, sondern nach Zwischenzonen aufteilt und in ein großes Strategiekonzept hineinstellt, kaum vereinbar. Trotzdem haben sich inzwischen starke Verbindungen zwischen Japan und dem pazifischen Asien herausgebildet - eine Entwicklung, mit der China sich auf lange Sicht wahrscheinlich arrangieren muß. Bereits heute gibt es eine Anzahl überregionaler Organisationen in diesem Bereich, so z.B. die 1967 auf fünf Mitglieder (Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand und die Philippinen) erweiterte ASEAN. 1965 wurde überdies die Asian Development Bank in Manila gegründet, der 31 Staaten, darunter 19

asiatische Nationen, angehören und in der Japan einen ganz wesentlichen Einfluß ausübt. (Auch ihr Präsident ist Japaner.)

Bereits diese Gruppierungen aber sind wiederum dabei, in einer noch größeren Pazifischen Gemeinschaft aufzugehen, wie ja überhaupt - grob gesprochen - die großen Meere zu Kristallisationspunkten internationaler Systeme werden könnten. Schon jetzt zeichnen sich atlantische, indische und pazifische Aktionsmuster ab. Der Pazifik z.B., auf den es im vorliegenden Zusammenhang besonders ankommt, und der bis zum Zweiten Weltkrieg noch als trennendes Hindernis zwischen den Kontinenten empfunden wurde, läßt die Anliegerstaaten heute im Zeichen der schnellen Verbindungen, des Container-Verkehrs, der gemeinsamen Verkehrssprache Englisch und der Massenkommunikationsmittel zu einer "Pazifischen Gemeinschaft" zusammenwachsen. Vorläufer dieser Entwicklung ist auch hier die Wirtschaft, vor allem der intensive Handel zwischen Japan, Australien und den USA. Japan ist u.a. in der Lage, Stahl aus amerikanischem Eisenerz nach Verhüttung im eigenen Land billiger in den Vereinigten Staaten abzusetzen, als er dort hergestellt werden könnte. Über der wirtschaftlichen Basis, die freilich zwischen den Anliegerstaaten noch recht ungleich entwickelt ist, beginnt sich bereits ein organisatorischer und bewußtseinsmäßiger Überbau herauszubilden. Schon entstehen pazifische Organisationen wie die ASPAC oder etwa der "Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Pazifischen Becken" sowie ein "pazifisches Bewußtsein", das u.a. in der 1969 gegründeten Zeitschrift "Pacific Community" gepflegt wird.

Ein selbständiges Japan als Ordnungsmacht, das sich als eine Art Lokomotive für die Pazifische Gemeinschaft bewährt, dürfte also für die neue japanische Generation die Funktion einer realen Utopie übernehmen. Japan wird sich dabei bewußt sein müssen, daß es in Südostasien ähnlich an Ansehen verlieren könnte wie die USA in Lateinamerika. Behutsamkeit und Taktgefühl, die dazu beitragen könnten, die neu aufgebrochenen Erinnerungen an die verblaßte "Großasiatische Wohlstandssphäre" vernarben zu lassen, werden für Japan oberste Regel sein müssen.

Entscheidend für die Realisierung solcher Ziele wird u.a. auch das Verhalten Chinas sein. Wird China fortfahren, mit Mitteln der linken Strategie, d.h. der Unterstützung von Volkskriegen, sowie der rechten Strategie (maximale Isolierung der Supermächte, u.a. auch Japans, durch maximale Vereinigung der Zwischenzonen) die etablierte Weltordnung zu revolutionieren, oder wird es sich, wenn sich seine Vorstellungen der nationalen Renaissance eines Tages erfüllen, mit

den sich entwickelnden neuen Strukturen, vor allem mit der sich abzeichnenden Pazifischen Gemeinschaft, abfinden? Wird die Frage also auf lange Sicht lauten müssen: "Asien: China o d e r Japan", oder aber wird man feststellen können, daß China u n d Japan eines Tages an

- (1) Hermann Kahn "Bald werden sie die Ersten sein - Japan im Jahre 2000", Wien-München-Zürich 1970 D.323. Die dort abgedruckte Tabelle wurde einer Publikation der Mitsui & Co. Stahlwerke vom 24.1.1970 entnommen.
- (2) Spiegel 1971 Nr.48 S.126
- (3) FEER 1.7.72 S.15; zum Tjumen-Projekt
- (4) Ebenda
- (5) David I. Hitchcock jr. "Joint development of Siberia: Decision-Making in Japanese-Soviet Relations" in: Asian Survey 1971 S.281
- (6) CSM 12.8.72
- (7) PRu 1972 Nr.7 S.17 f.
- (8) FEER 4.3.72 S.27
- (9) PRu 1971 Nr.26 S.14 ff.
- (10) PRu 1971 Nr.19 S.15 f.

einem Strang ziehen? Käme es zu einer solchen Zusammenarbeit, so wäre dieses Ergebnis nicht aufgrund geopolitischer Determinanten zustande gekommen, sondern aus pragmatischen Erwägungen, die sich im Zuge der ideologischen Konvergenz einstellen. we

- (11) Vgl. Näheres dazu im September-Heft THEMA Wirtschaft - Japan
- (12) C.a. Mai 72 S. 19 ff.
- (13) Hierzu Joachim Glaubitz "Japan im Schatten der amerikanisch-chinesischen Kontakte", Europa-Archiv 1972 S.101-110 (109)
- (14) William Lange "Japan im neuen Pazifischen Zeitalter", Außenpolitik 1970 S.239-247 (245 f.)
- (15) Zu weiteren möglichen nationalen Zielen vgl. Hermann Kahn a.a.O. S.343 ff.
- (16) FEER 15.5.1971 S.15 f.
- (17) PRu 1970 Nr.36 S.4 ff., 1970 Nr.45 S.13 ff.
- (18) Hermann Kahn a.a.O. S.262
- (19) Zu weiteren falschen Prämissen Kahns vgl. a.a.O. S.344c Nr.5, S.252 Abs.3
- (20) Außenpolitik 1971 S.725-734 "Auf dem Wege zu einer neuen Pentarchie"

## DER ANNÄHERUNGSPROZESS JAPAN - VR CHINA

### Startpunkt: drei Verträge

"Die beiden vertragschließenden Parteien verpflichten sich, gemeinsam alle ihnen zur Verfügung stehenden notwendigen Maßnahmen zu treffen, um eine Wiederholung der Aggression und eine Verletzung des Friedens seitens Japans oder irgendeines anderen Staates, der sich mit Japan unmittelbar oder mittelbar zu Aggressionsakten verbinden sollte, zu verhindern." (1)

Dieser Satz aus Artikel I des "Vertrags zwischen der Volksrepublik China und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Bündnis und gegenseitigen Beistand" (unterzeichnet am 14.2.1950) gibt einen Hinweis auf die durch die Kriegserfahrungen geprägte Einstellung der Regierung in Peking gegenüber Japan kurz nach der Gründung der VRCh.

Wenn sich auch dieser Vertrag infolge der politischen Entwicklung seit 1958 überlebt hat, so sind doch die chinesischen Ängste gegenüber einem japanischen Militarismus nicht gewichen; sie wurden während der jetzt zu Ende gegangenen Ära Sato wieder aufgerührt, vor allem durch die selbstbewußtere Außenpolitik der Japaner seit der berühmten Rede Satos vom Januar 1969 zur Außenpolitik Japans.

Als ein weiterer Vertrag, der einer raschen positiven Entwicklung des VRchinesisch-japanischen Verhältnisses nach dem Kriege entgegenstand, ist der Friedensvertrag von San Francisco (unterzeichnet am 8.9.1951) anzusehen, der von 48 Staaten, aber weder von der VRCh noch von der Sowjetunion unterzeichnet worden ist.

Im Gefolge dieses Vertrages, der am 28.4.1952 in Kraft trat, unterzeichnete Japan mit der Republik China auf Taiwan einen separaten Friedensvertrag, der ebenfalls am 28.4. abgeschlossen wurde. Der damalige Ministerpräsident, Shigeru Yoshida, gibt folgende Überlegungen, die ihn bei der Frage beschäftigten, welches China er zum Signatarstaat eines chinesisch-japanischen Friedensvertrages wählen sollte, in seinem Buch "Japans Decisive Century" (2) wieder:

Mit dem Eintritt chinesischer Bodenstreitkräfte in den Koreakrieg seien die USA besonders empfindlich geworden gegen jede Annäherung eines Staates der "freien Welt" an die VRCh. Es sei daher für Japan unerlässlich geworden, vor Ratifizierung des Friedensvertrages von San Francisco durch den US-Senat verbindlich zu erklären, daß nur ein Friedensvertrag mit der Republik China von Japan unterzeichnet werden würde.

Obwohl das Hoheitsgebiet der Regierung Chiang Kai-sheks eng begrenzt gewesen sei, so sei es doch diese nationalchinesische Regierung gewesen, mit welcher sich Japan seit Juli 1937 im unerklärten Kriegszustand befunden habe; dieses China sei ein einflußreiches Mitglied der Vereinten Nationen gewesen, und Japan hätte überdies die freundliche Haltung dieser Regierung gegenüber Japan nach dem Kriege nicht übergehen können.

Andererseits sollte Japan aber, nach Yoshidas Aussage, die Möglichkeit behalten, Kontakte mit